



Der Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion auf Verbot der Vollverschleierung für Bedienstete der Stadt Wiesbaden wurde in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag nach einer kurzen Diskussion auf Antrag der CDU durch Aussprache für erledigt erklärt.

Die AfD sah das anders und stimmte deshalb als einzige Fraktion gegen diesen Geschäftsordnungsantrag.

Der Eindruck der AfD-Stadtverordneten in der Debatte zum Tagesordnungspunkt 7 war, daß der zuständige Dezernent Detlev Bendel (CDU) keine klare Aussage getroffen hat, ob die Vollverschleierung für Bedienstete der Stadt Wiesbaden während der Arbeitszeit nun verboten ist oder ob es sich hier in der Tat um eine in der Landeshauptstadt noch unregelte rechtliche Grauzone handelt.

Robert Lambrou, der den Antrag in die Stadtverordnetenversammlung für die AfD-Fraktion eingebracht und sehr sachlich begründet hatte, ist der Meinung: „die Redner von SPD und der Partei DIE LINKE haben sich über unseren Antrag nur lustig gemacht und aus unserer Sicht an der Sache vorbei argumentiert. Wir fanden diese Auftritte **unangemessen und überheblich**.“

Lambrou führt weiter aus: „uns ging es um eine eindeutige rechtliche Festlegung im Hinblick auf die Beschäftigten der Stadt, die **von den anderen Fraktionen ängstlich vermieden** wurde.“

AfD-Fraktionsvorsitzender Eckhard Müller fragt sich: „warum vermeidet die überwältigende Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung eigentlich die Klärung dieser Frage?“